

zwischen den Interessen der Gewerkschaften und aller Werktätigen und den Interessen der Monopole, die in Form der Notstandsgesetze ein Antigewerkschaftsgesetz durchsetzen wollen. Es vertiefte sich der Gegensatz zwischen den Bauern und dem Finanzkapital, das die Bauern in der EWG seinen Profitinteressen opfert. Den Arbeitern und den Bauern, den Angestellten, dem Mittelstand und der Intelligenz, die nur in Frieden leben und arbeiten wollen, werden ungeheure Lasten einer abenteuerlichen Rüstung aufgebürdet.

*Die westdeutsche Arbeiterklasse ist zutiefst beunruhigt* durch die von der rechten Führung der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere von den NATO-Politikern im SPD-Parteivorstand, gezeigte Bereitschaft, für eine Handvoll Ministersitze sämtliche Grundsätze sozialistischer und sozialdemokratischer Traditionen, die Interessen des Friedens der Nation und selbst die Prinzipien einer bürgerlich-demokratischen Ordnung über Bord zu werfen.

Ausdruck für den tiefen Gegensatz zwischen den Interessen der westdeutschen Arbeiterklasse und den Bonner Militaristen sowie den Rüstungsmonopolen war der Verlauf des 6. DGB-Kongresses, der vor wenigen Monaten in Hannover stattfand. Mit Hilfe rechter SPD- und Gewerkschaftsführer wollten die Militaristen die westdeutschen Gewerkschaften ins Fahrwasser ihrer aggressiven NATO-Politik zerren. Herausgekommen ist dabei etwas anderes. Die Gewerkschaftsfunktionäre wandten sich gegen die Politik des Wettrüstens und sprachen sich in ihren Beschlüssen für einen eigenen Beitrag Westdeutschlands zur Abrüstung und zur Verständigung aus. Auch der Versuch, die Delegierten zur Hinnahme der Notstandsgesetze zu bewegen, schlug fehl. Sie lehnten es ab, sich selbst die Schlinge um den Hals zu legen. Statt dessen forderten sie die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Grundrechte, den Ausbau der Mitbestimmung auf allen Gebieten.

Ganz offensichtlich wächst in Westdeutschland die Zahl der Arbeiterfunktionäre, darunter vieler Sozialdemokraten, die verstehen, daß sich die Arbeiterklasse nicht länger aus der Politik ausschalten lassen darf, sondern mit ganzer Kraft für die Sicherung des Friedens, die Verteidigung der Demokratie und die sozialen Forderungen der Arbeiter gerade jetzt eintreten muß.

Das hat auch seine Auswirkungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in Westdeutschland. Die Beschlüsse des DGB-Kongresses wurden doch im Kampf gegen solche sozialdemokratischen Führer wie Wehner,